Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1908

269 (16.11.1908)

Visual Library

Nr. 269. Karlsruhe, Montag, den 16. November 1908. 28. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde der Redaktion: 12—½1 Uhr. Redaktionsschluß: ½10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: A. Weißmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: H. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Das persönliche Regiment und der Volkswille.

Der deutsche Reichstag hat versagt; am Volke, an den Staatsbürgern liegt es, draußen in den Versammlungen, in den politischen Zusammenkünften jene Forderungen nachdrücklich zu propagiern, die erhoben werden müssen, um dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht über seine politischen Geschicke zu wahren. In München, Berlin, Frankfurt a. M. — und gestern auch in Mannheim — fanden in den letzten Tagen außerordentlich stark besuchte Versammlungen statt, die dem Willen der breiten Schichten des Volkes unzweideutig festlegten. Auch die Parteileitung der Sozialdemokratie in der badischen Residenz glaubte ihren Anhängern und allen Freunden wahrer Freiheit die Gelegenheit geben zu müssen, ihre Meinung über die jüngsten Vorkommnisse durch den Mund des Abgeordneten und Stadtrats Kolb zum Ausdruck zu bringen. Der Gedanke fand Anklang; von vornherein sei bemerkt, daß Karlsruhe selten eine so zahlreich besuchte Versammlung gesehen hat, wie die, welche gestern Vormittag im Colosseum stattgefunden. Der eigentliche Saalraum war schon um ¾10 Uhr dicht besetzt, um ¼11 Uhr, als Genosse Eugen Geck als Vorsitzender des Karlsruher sozialdemokratischen Vereins die Versammlung eröffnete, waren die Seitengänge und die Räume an der Türe vollständig gefüllt. Dutzende von Besuchern fanden überhaupt keinen Sitzplatz. Bis zum Saalraum schoben sich jene vor, welche sich mit einem Stehplatz begnügen mußten. Ein Beweis, wie tief die Erregung in den Volksmassen sitzt, wie ungeheuer groß das Interesse ist, das die Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" hervorgerufen haben. Erwartungsvolle Stille. Was wird der Referent zu sagen haben? Denn darin liegt ja eben der Zweck der Veranstaltungen wie der gestrigen, daß sie die politische Denkkraft im Volke fördern, daß sie aus den steuerzahlenden Staatsbürgern reife Männer machen. Im Anfang war die Stimmung der Massen zurückhaltend und etwas wie stille Trauer lag über der Versammlung, als Kolb im Eingang seiner Rede auf die soziale Katastrophe, die draußen im westdeutschen Kohlenrevier ein paar 100 Bergleuten das Leben gekostet, hinwies. Im Geiste weilte man kurz bei diesen Opfern des Krieges unter der Erde und wandte erst dann seine Aufmerksamkeit der politischen Katastrophe zu, zu deren Besprechung man zusammengekommen. Hier setzte der Referent sofort mit voller Wucht ein; er verwies auf frühere Reden des deutschen Kaisers, auf die Beleidigungen, welche dieser der deutschen Sozialdemokratie ins Gesicht geschleudert und ging dann über zur Besprechung der Wirkung, welche die Veröffentlichungen des englischen Blattes gehabt. Scharf prononzierte er die Ausarbeitung des Feldzugsplans zur Niederzwingung der Buren durch den deutschen Kaiser. Das sei eine Beleidigung des englischen Volkes gewesen, denn man habe ihm indirekt gesagt, es besitze im eigenen Lande keine Männer, die den Burenkrieg zu führen verstünden. Und Kolb fuhr fort: Wir haben uns das Vertrauen des Auslandes in dem Augenblick verscherzt, als bekannt wurde, daß die vertraulichen Anfragen Frankreichs und Rußlands wegen der Burenfrage brühwarm dem Interessenten, also England, übermittelt wurden. Was hat nun der Reichstag in dem hochwichtigen Falle getan? Gewiß, alle Redner, mit Ausnahme des konservativen Abg. Oldenburg, haben die Handlungsweise des Kaisers kritisiert. Aber dabei ist er geblieben. **Nicht einmal eine Adresse ist zustande gekommen,** obwohl der Demokrat Haußmann die Konservativen darum gebeten. Man mag sich ja gesagt haben, es ist schwer, Männer zu finden, die die Aufgabe der Ueberreichung übernehmen. Humoristisch bemerkte Kolb, man hätte ja Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nehmen können; diese hätten es an passenden Erwiderungen beim etwaigen temperamentvollen Empfang nicht fehlen lassen. Der Reichstag hätte sich sagen müssen: Gibt uns die Regierung keine Garantie, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen, schafft man kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz — welches übrigens die Sozialdemokratie schon 1900 im Reichstag verlangt hat —, dann bewilligen wir keine Steuern. Dieses Machtmittel hat der Reichstag aus der Hand gegeben. Fürst Bülow hat es nicht einmal für nötig gehalten, auf die vielen Anfragen noch einmal zu antworten.

Nun, und der Kaiser? Er hat während der Reichstagsdebatten in Donaueschingen geweilt, also weit weg von Berlin und bei Kabarettvorstellungen, Jagden und Diners auf seine Art des deutsche Reichsparlament eingeschätzt.

Aber, so erklärte Kolb weiter, und hier fand er seltene Zustimmung und frenetischen Beifall, es scheint, daß das **deutsche Volk das Beispiel der Herner Bergarbeiter nachahmen muß,** daß es überall, wo der deutsche Kaiser sich zeigt, die Forderungen: **Achtung vor dem Volkswillen, kein Absolutismus, freies Wahlrecht für Preußen zu erheben** gezwungen ist.

Was Kolb ausgesprochen, war ostentativer Willensausdruck der Versammelten, denn das beifallsfreudige Händeklatschen wollte kein Ende nehmen, als er hinzufügte: Wenn das geschieht, dann erst erfährt der deutsche Kaiser die unverfälschte Meinung des Volkes über sein Regierungssystem.

Ausführlich verweilte der Referent bei dem Verhältnis des Kaisers zu seinen Ministern, charakterisierte, daß ein Eulenburg lange Jahre der Freund des Monarchen sein konnte ud gab der Empfindung Ausdruck, daß jedenfalls die **Tage des Fürsten Bülow gezählt seien, weil er im Reichstage nicht ganz so gesprochen habe, wie sein kaiserlicher Herr es gewünscht.**

Mit gutem Recht stellte Kolb fest, daß es auch jetzt wieder **nur die Sozialdemokratie** sei, die eine Volksbewegung gegen das persönliche Regiment einleitet, daß der liberale Block außerhalb des Reichstages schweige, um nach der Art des Herrn Wiemer die Regierungsfähigkeit nicht aufs Spiel zu setzen. Der Reichstag von 1907 hat geglaubt, das politische Heil gefunden zu haben, weil die Sozialdemokratie einige Dutzend Mandate verloren. Jetzt zeigt sich, daß er unfähig ist, seinen Willen gegenüber dem Monarchen durchsetzen. Nachdem Kolb in zündenden Worten aufgefordert, sich politisch zu organisieren und die sozialdemokratische Presse zu lesen, schloß er mit dem wuchtigen Satze:

Nieder mit dem Absolutismus,
hoch die Demokratie!

Nachdem der starke Beifall verhallt, verlas Gen. Geck die nachfolgende Resolution, die bei der später erfolgten Abstimmung allseitig akzeptiert wurde:

„Die heute im Kolosseum in Karlsruhe versammelten deutschen Männer und Frauen beschließen: Angesichts der **ungeheuren Schädigungen des Ansehens, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches,** die durch das **persönliche Regiment** herbeigeführt worden sind, fordern wir eine **Aenderung der Reichsverfassung,** dahingehend, daß

erstens, jede persönliche Machtbefugnis des deutschen Kaisers zur Erledigung auswärtiger Angelegenheiten, insbesondere das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, ausgeschaltet wird,

zweitens, daß die Ernennung und die Entlassung des Reichskanzlers und der verantwortlichen Reichsminister **durch den Reichstag** zu erfolgen hat,

drittens, **ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz.**

Die Versammelten protestieren, indem sie diese Forderungen stellen, gegen das **verfassungswidrige persönliche Regiment** und die überaus klägliche Haltung, die die Mehrheit des deutschen Reichstags in allen Fragen bis jetzt gezeigt hat. Sie erwarten daher vom deutschen Reichstag, daß er sich noch dazu aufraffen wird, den oben gestellten Forderungen zur Durchführung zu verhelfen und der jetzigen Reichsregierung keinen Pfennig zu bewilligen, ehe diese Forderungen nicht zur Durchführung gelangt sind. Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß nur solche Männer in Zukunft in den Reichstag gewählt werden, deren Vergangenheit für die Durchführung dieser Forderungen bürgt."

Der Vorsitzende hatte eine kurze Pause eintreten lassen, um den anwesenden Angehörigen anderer Parteien Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Merkwürdigerweise machten diese nicht Gebrauch und bestätigten auch hier wider Willen, daß die politischen Fragen nur von der Sozialdemokratie in der breiten Oeffentlichkeit behandelt werden.

So konnte die Versammlung bereits um ¾12 Uhr geschlossen werden. Eine solche Besucherzahl bei einer politischen Veranstaltung war in den Mauern Karlsruhes schon seit langem nicht mehr zu verzeichnen. Wir können mit dem Erfolg und dem Verlauf zufrieden sein.

Politische Uebersicht.

Schücking verurteilt.

Die Verurteilung des Husumer Bürgermeisters Dr. Schücking durch den Disziplinargerichtshof in Schleswig zu 500 Mk. Geldstrafe hat prinzipielle Bedeutung einmal, weil dadurch ausgesprochen ist, daß einem preußischen Bürgermeister das verfassungsmäßig gewährleistete Recht, seine Meinung frei zu äußern, nicht zusteht, dann aber auch, weil sie eine eklatante politische Niederlage des Blockfreisinn bedeutet, der sich mit dem ganzen Gewicht seines Einflusses hieter seinen Parteigenossen Schücking gestellt hatte. Die 500 Mk., die Herr Schücking zu bezahlen hat, würden allerdings noch aufzubringen sein; schlimmer aber ist, daß Herr Schücking jetzt ein disziplinarisch vorbestrafter Beamte ist, der bei dem geringsten Anlaß davongejagt werden kann und daß künftig nicht bloß über ihm, sondern über jedem andern liberalen Bürgermeister in Preußen das Damoklesschwert der Dienstentlassung hängen wird. Man muß bedenken, daß gegen Herrn Schücking unter Umständen prozessiert worden ist, die für den Angeklagten günstig waren; der Sturm der öffentlichen Meinung, die Parteikonstellation im Reiche mußten zu seinen Gunsten wirken. Unter andern Umständen würde wohl mit einem Bürgermeister noch viel kürzerer Prozeß gemacht worden sein. Der Fall Schücking ist so durch seinen Abschluß ein **neuer reaktionärer Skandal der gloreichen Blockära Bülows geworden.**

Aber er ist ein Glück dieses Systems, daß hier immer ein Skandal den andern totschlägt. Angesichts der Reichskrise hat der Fall Schücking keine Aussicht, die politische Beachtung zu finden, die er an sich zweifellos verdient.

Deutsche Politik.

Ministerverantwortlichkeitsgesetz.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat, wie schon mitgeteilt, das Gesetz, betreffend die Ministerverantwortlichkeit, im Reichstage eingebracht. — Die wesentlichsten Bestimmungen lauten: Hinter Artikel 17 der Reichsverfassung ist einzufügen:

Artikel 17a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

Artikel 17b.

Wenn der Reichstag den Reichskanzler für schuldig hält, durch eine von ihm zu verantwortende Handlung oder Unterlassung vorsätzlich oder grob fahrlässig seine Amtspflichten verletzt, namentlich verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reiches geschädigt zu haben, so kann der Reichstag gegen den Reichskanzler Anklage erheben.

Mit dieser Anklage kann der Reichstag die Anklage wegen solcher Handlungen des Reichskanzlers verbinden, welche unter das allgemeine Strafgesetz fallen, soweit sie mit den öffentlichen Obliegenheiten des Reichskanzlers zusammenhängen.

Artikel 17c.

Die Verhandlung und Entscheidung über die vom Reichstage gegen den Reichskanzler erhobene Anklage steht dem Staatsgerichtshofe für das deutsche Reich zu.

Der Reichstag ernennt bei Beginn jeder Legislaturperiode die 24 Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Die Berufung in den Staatsgerichtshof darf nicht abgelehnt werden.

Artikel 17d.

Der angeklagte Reichskanzler hat das Recht, bis zu 12 Mitglieder des Staatsgerichtshofes ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Macht er von diesem Rechte nicht in vollem Umfange Gebrauch, so ist durch Auslosung die Zahl der Mitglieder auf zwölf zu bringen. Diese bilden den Gerichtshof und wählen den Vorsitzenden aus ihrer Mitte.

Artikel 17f.

Von der Beschlußfassung des Reichstages über die Erhebung von Anklage bis zur Beendigung des Verfahrens ist der angeklagte Reichskanzler vom Amte suspendiert.

Artikel 17g.

Im Falle der Verurteilung ist stets der Reichskanzler seines Amtes verlustig zu erklären. Außerdem kann nach Beschaffenheit der Umstände auf zeitliche oder dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes erkannt werden.

Fällt dem angeklagten Reichskanzler auch eine im allgemeinen Strafgesetze vorgesehene Handlung zur Last, so hat der Staatsgerichtshof außerdem die Bestimmungen dieses Gesetzes gegen ihn anzuwenden.

Artikel 17h.

Das Recht der Begnadigung oder Strafmilderung zugunsten des Verurteilten darf nur auf Antrag des Reichstages ausgeübt werden.

Artikel 17i.

Der Reichskanzler kann vor den ordentlichen Gerichten auf Ersatz des Schadens belangt werden, den er:

1. durch Anweisung einer vom Reichstage nicht genehmigten Ausgabe oder durch eine mit den Beschlüssen des Reichstages nicht übereinstimmende Verwendung einer genehmigten Ausgabe dem Reiche oder
2. durch eine vom Staatsgerichtshof für strafbar erkannte Handlung dem Reiche oder Privaten zugefügt hat.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Pflichtwidrigkeit der Handlung ist für die ordentlichen Gerichte bindend.

Wenn es den bürgerlichen Parteien ernst ist mit der Beseitigung des persönlichen Regiments, dann müssen sie dafür eintreten, daß dieses Gesetz so rasch als möglich im Reichstage beraten wird.

Konservative gegen Bülow.

Die parteioffiziöse konservative Korrespondenz verbreitet folgende Erklärung:

„Mit Beklemmung werden unsere Gesinnungsgenossen im Lande den Reichstagsverhandlungen der letzten Tage gefolgt sein.

Und wahrlich, es handelt sich um viel!

Ein trauriges Bild, den Träger der Kaiserkrone vor aller Welt kritisiert und bloßgestellt zu sehen.

Das hat Deutschland seit seiner Wiedergeburt noch nicht erlebt und das kann und **darf nicht wieder vorkommen,** wenn wir eine Kaisergewalt behalten wollen, die mehr ist, als die im alten deutschen Reiche.

Gott sei Dank, daß wenigstens von konservativer Seite sich bei aller freimütigen Beurteilung der Sachlage, die unsere Redner schon gegeben, doch noch im letzten Moment auch eine Stimme persönlicher Anhänglichkeit und Treue erhoben!

Warum sprach nicht auch der Kanzler noch ein Wort! Hätte er nicht, wenigstens den Uebergriffen gegenüber, den Schild vor die Person des Kaisers halten sollen?

Vielleicht dachte er, daß es, um des Endeffektes willen, psychologisch besser sei, das Gewitter, die elektrische Spannung, sich ganz entladen, das ungeschminkteste Urteil sich hervorwagen zu lassen, als dazwischenzutreten.

Mag sein, daß er diese Absicht hatte; wir wollen darum keinen Stein auf ihn werfen.

Er muß wissen, was er jetzt will.

Das muß nun aber auch in die Tat umgesetzt werden!

Es war kein gutes Anzeichen, daß man dem Kaiser nicht schon riet, in diesen schweren Tagen für die Monarchie, statt in fremden Gegenden in der Mitte seines Volkes, zur Seite seiner amtlichen Berater zu weilen.

Auch solche Dinge dürfen nicht sein, wenn wir auf eine wirkliche Besserung der Lage vertrauen, wenn wir dessen gewiß sein wollen, daß diese Berater vor ihm auch alles weitere, was anders werden muß, mit dem Nachdruck und Ernst der kritischen Stunde vertreten werden.

Wir wollen es aber hoffen, denn wir wollen nicht mutlos werden, wir dürfen es nicht.

Wir wollen hoffen, daß der edle, gerade und offene Sinn des Kaisers auch selbst die Bedeutung dessen erkennen wird, was dahinten liegt, und in der Zukunft sein muß, wollen hoffen, daß kein Schmeichler- und Höflingswort ihn hindert, die Wahrheit zu erkennen.

Dann kann es sein, daß diese schweren Tage dem Volke und Reiche noch zum Segen werden!"

Badische Politik.

Götzendämmerung.

Wir haben vor einigen Tagen auf eine nationalliberale Stimme aufmerksam gemacht, die für Sparsamkeit auf militärischem, maritimem und kolonialem Gebiete plädierte. Langsam kommt auch den Hurrapatrioten die Ueberzeugung, daß so wie bisher nicht mehr weitergewirtschaftet werden kann, wenn wir nicht einem Abgrund entgegensteuern wollen. Aber auch sonst macht sich allenthalben in den Kreisen derjeniger, die bei jeder Gelegenheit Hurra geschrien haben, eine Katzenjammerstimmung bemerkbar, die deutlich erkennen läßt, daß man in jenen Kreisen anfängt, den Umfang des Schadens zu begreifen, der durch den widerlichen Byzantinismus in den letzten zwei Jahrzehnten angerichtet worden ist. So schreibt man der „Badischen Landeszeitung" unter dem Titel: „Kaiser und Volk":

„Der Kaiser ist unser oberster Kriegsherr und gebietet über Millionen von Soldaten. Diese sind aber trotz allen Drills **keine willen- und seelenlosen Drahtpuppen in seiner Hand, — nein, sie stellen ein Volk in Waffen dar,** und das deutsche Volk wird in einem zukünftigen Kampf nur wieder siegreich sein, wenn es weiß, ob es für eine gute Sache sein Leben in die Schanzen schlägt. Bei keinem anderen Volk der Erde ist es wohl so sehr das psychologische Moment, das moralische Bewußtsein, das die Schlachten entscheidet, wie bei dem heutigen deutschen. Das möge man an den Stellen, die es angeht, bedenken, **bevor es zu spät ist, denn hierin liegt das Bedenkliche der jetzigen Krisis."**

Jawohl! Unsere Soldaten und vor allem die Reservisten sind keine willen- und seelenlose Drahtpuppen, die man nur zu kommandieren braucht, damit sie auch auf ihre Verwandten, auf Vater und Mutter schießen. Wir haben darauf schon immer aufmerksam gemacht und betont, daß man sich nicht einbilden solle, man könne auch gegen den Volkswillen einen Krieg oder sonst etwas inszenieren. Eben deshalb aber fordern wir auch, daß nicht ein Einzelner, sondern das Volk selbst darüber zu entscheiden hat, ob und für was es seine Haut zu Markte tragen muß. Dieses Mitbestimmungsrecht des Volkes über Krieg und Frieden ist die sicherste und beste Friedensgarantie, während das persönliche Regiment, woran heute niemand mehr zweifelt, ein Element der ständigen Gefahr für den inneren sowohl als äußeren Frieden bildet. Aber wo bleiben die Nationalliberalen, wenn es gilt, die Volksrechte zu erweitern und die Rechte der Krone zu beschneiden? Und **das muß** jetzt in Deutschland geschehen, wenn das Volk nicht eines schönen Tages doch die Zeche für die romantische Politik der Unüberlegtheit und Plötzlichkeit zahlen soll. Also höre man mit dem Schwatz endlich auf und gehe zu Taten über. Das Volk steht hinter den Männern, die verlangen, daß unsere Reichsverfassung eine entsprechende Aenderung erfährt.

In dem besagten Artikel der „Badischen Landesztg." heißt es dann weiter:

„Nun aber genug all der Täuschungen und Illusionen! Das deutsche Volk würde **wirklich verdienen, zu Grunde zu gehen,** wenn es in dieser ernsten Zeit sich nicht selbst hören ließe, wo scheints alle berufenen Organe versagen. Man braucht deswegen nicht gleich Revolution zu machen, man braucht auch nicht zu warten, bis wieder die Zeit da ist, mit dem Stimmzettel in der Hand Protest zu erheben — **und der Stimmzettel würde diesmal eine furchtbare Wirkung ausüben,** die wir eben verhindern wollen —, nein, wir wollen einfach da, wo uns Gelegenheit gegeben ist, den Kaiser von Angesicht zu Angesicht zu sehen, ehrerbietig, aber entschieden **unserer Mißstimmung Ausdruck verleihen,** und das ist überall da möglich, **wo der Kaiser in nächster Zeit,** wenn er aus den Jagdgründen des Schwarzwalds heimkehrt, und die Aufregung — sofern er überhaupt ausreichend darüber unterrichtet ist — längst verraucht wähnt, **durch deutsche Ortschaften** fährt. Dann wollen wir **keine Feststimmung heucheln.** In würdiger Zurückhaltung wollen wir den Monarchen grüßen. So wird der Kaiser endlich einmal frei von der verlegenen Verbrämung seiner sonstigen Umgebung die wahre Stimmung des Volkes in Trauer sehen."

„In würdiger Zurückhaltung den Kaiser grüßen"! Das heißt doch, ihm keine festlichen Empfänge mehr bereiten und nicht Hurra schreien. Ja wer hat denn bisher jeden, auch den gewöhnlichsten Anlaß benützt, um einen solchen festlichen Empfangsrummel zu inszenieren. Wer hat denn die Hunderttausende und Millionen bewilligt, die in den letzten 20 Jahren für solche Zwecke verpulvert wurden? Wer hat denn alles, was abhängig ist, jeweils als Staffage zum Hurraschreien aufgeboten? Wer hat denn Wilhelm II. über die wirkliche Volksstimmung durch diese „Potemkinschen Dörfer" getäuscht? Die Sozialdemokratie war es sicher nicht. Was haben sich die Stadtoberhäupter seit 20 Jahren an Byzantinismus und Beweihräucherung gegenüber Wilhelm II. alles geleistet?

Uns soll es recht sein, wenn damit endlich Schluß gemacht wird. Mögen die Patrioten fürderhin auf die Straße gehen, wenn Wilhelm II. durch dieselben fährt oder reitet, aber aufhören Hurra zu brüllen, sondern so laut sie können rufen:

Wir fordern ein demokratisches Wahlrecht für Preußen!
Wir fordern ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz!
Wir fordern eine demokratische Reichsverfassung!
Nieder mit dem Absolutismus!
Es lebe die Demokratie!

Dann erst wird Wilhelm II. die wahre, unverfälschte Stimme des Volkes hören. Ueberall sollen diese Forderungen Wilhelm II. laut ins Ohr gällen. Es muß es gemacht werden, wie es die armen Grubensklaven in Hamm gemacht haben. Das wirkt besser und nachhaltiger, als der „Gruß mit würdiger Zurückhaltung".

Von der Landwirtschaftskammer.

Am 9. November 1908 fand in Karlsruhe eine Sitzung des Vorstandes der Landwirtschaftskammer statt. Nach einigen Mitteilungen über die Entwicklung des Preisnotierungsunternehmens, über das Ergebenis der Beschickung der Internationalen Gersten- und Hopfenausstellung in Berlin, die Ausstellung von Bauplänen in Donaueschingen, die Herabsetzung der Mostobsttarife sowie über andere von der Landwirtschaftskammer behandelten Fragen, befaßte sich der Vorstand zunächst mit der Frage der Einschränkung des Hausiergewerbes und beschloß zu beantragen, daß in die Gewerbeordnung (§ 57, Ziff. 5) eine Bestimmung eingefügt werde, wonach der Wandergewerbeschein versagt werden darf, wenn ein Bedürfnis zur Ausstellung von Wandergewerbescheinen für den betreffenden Gewerbebetrieb im Bezirk der Behörde nicht besteht oder hierfür die den Verhältnissen des Verwaltungsbezirks der Behörde entsprechende Anzahl von Wandergewerbescheinen bereits erteilt oder auf den betreffenden Bezirk ausgedehnt worden ist. Im weiteren wurde über die Aufstellung von Grundsätzen für die Tabakprämiierung Beschluß gefaßt und die Erwartung ausgesprochen, daß die für den Anbau des Tabaks und die Tabakprämiierung eingereichten Grundsätze seitens der Gr. Regierung möglichste Berücksichtigung finden möchten. Bezüglich der Frage der Rückbeförderung der leeren Milchkannen wird beschlossen, Großh. Generaldirektion zu ersuchen, die Rückbeförderung der leeren Milchkannen nur noch gegen Versandschein zulassen zu wollen. Im weiteren beschäftigte sich der Vorstand u. a. mit dem Reichsviehseuchengesetz, mit der Frage der Wiedereinführung des zollfreien Einlasses der selbst erzeugten Branntweine aus dem badischen Zollausschlußgebiete in das Zollinland sowie mit einem Antrag des schweizerischen Bauernverbandes, betr. Erhebungen über Futterernteausfall und Preisbewegung der Molkereiprodukte.

Parteitag der freisinnigen Partei Badens.

Die freisinnige Partei in Baden hielt gestern im Saale des Hotel „Friedrichshof" in Karlsruhe ihren diesjährigen Parteitag ab. Die Verhandlungen begannen vormittags 10 Uhr. Zum Vorsitzenden wurde Stadtrat Dr. Stern (Mannheim) gewählt, worauf Stadtverordneter Goldschmidt (Berlin) die Grüße der Gesamtpartei überbrachte und Professor Hausrath die zahlreich erschienenen Delegierten namens der national-sozialen Partei und Rechtsanwalt Ellenbogen (Karlsruhe) namens der demokratischen Partei begrüßte. Den Jahresbericht erstattete Stadtrat Dr. Friedrich Weill (Karlsruhe). Nach diesem Berichte war auch im abgelaufenen Jahr die Tätigkeit der Partei eine sehr rege und erfolgreiche, denn es konnte eine Reihe von Vereinen ins Leben gerufen werden. Der Redner machte sodann die Mitteilung, daß der Parteisekretär der freisinnigen Partei Dr. Gerard-Mannheim von seinem Amte aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten muß. Uebergehend zu der im Reiche herrschenden Krisis wendete sich der Redner in scharfen Worten gegen das persönliche Regiment, dessen Hervortreten uns noch nie so viel geschadet habe als gerade bei der bekannten Veröffentlichung des Kaiser-Interviews. Nicht die Veröffentlichung hielt der Redner für begründet, sondern die Tatsache der Aeußerungen selbst, das persönliche Eingreifen des Kaisers in die auswärtige Politik. Eine Resolution, in der die Versammlung ihre Zustimmung gibt zu den Ausführungen der Abgg. Wiemer, Schrader und Haußmann im deutschen Reichstag und an die freisinnige Fraktionsgemeinschaft das Ersuchen richten, bald einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers garantiert und verantwortliche Reichsminister fordert, wurde einstimmig angenommen.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß.

119) (Nachdruck verb.)

(Fortsetzung.)

Ludmilla lachte und dieses Lachen klang weich, sammetartig.

„Ich habe auch an Sie gedacht . . . Sie führen wohl ein recht schweres Leben."

Die Mutter bewegte die Augenbrauen, schwieg und dachte nach.

„Gewiß, ein schweres!" rief Ludmilla.

„Das weiß ich doch nicht!" meinte die Mutter vorsichtig. „Manchmal erscheint es mir fast so. Aber . . . alles ist so ernst und so wunderbar . . . das Eine bewegt sich so schnell, so furchtbar schnell hinter dem Andern her . . ."

Die bekannte Erregung stieg in ihrem Innern auf und füllte ihr Herz mit Bildern und Gedanken. Sie richtete sich im Bett auf und verlieh den Gedanken schnell Worte.

„Alles zieht dahin — dem einen und demselben Ziel entgegen — und strebt wie das Feuer in einem brennenden Hause nach oben! Hier dringt es durch, dort erglänzt es, immer heller, immer stärker . . . Viel Schweres ist mit dem Leben verbunden, wissen Sie! Die Menschen leiden, werden grausam geprügelt. Alle werden bedrückt, jedem lauert man auf . . . Die Menschen verstecken sich, leben wie die Mönche . . . und viele Freuden sind ihnen verboten . . . Das alles ist recht schwer!"

Ludmilla warf schnell den Kopf zurück, umarmte sie gleichsam mit ihrem Blick und sagte:

„Sie sprechen ja gar nicht von sich selbst!"

Die Mutter stand vom Bett auf und fragte, indem sie sich entkleidete:

„Nicht von mir? . . . Aber ich liebe ja alle, um alle ängstige ich mich und bedauere sie . . . Alles trifft mein Herz und zu allen fühlt es sich hingezogen . . . Wie kann ich mich da von den übrigen absondern! . . ."

Sie stand halb angekleidet mitten im Zimmer und überlegte einen Augenblick. Es war ihr plötzlich, als wenn das Weib in ihr, das voll Unruhe und Furcht um ihren Sohn gelebt, sich von ihr abgesondert hätte, weit fortgegangen und jetzt nicht mehr da war. Sie horchte auf sich, wollte sich selbst ins Herz blicken und fürchtete, dort drinnen Gefühle in der Art der alten Unruhe zu erwecken.

„Worüber haben Sie nachgedacht?" fragte die Wirtin freundlich, indem sie an sie herantrat.

„Ich weiß nicht!" erwiderte die Mutter.

Sie schwiegen, blickten einander an und lächelten beide. Dann trat Ludmilla mit den Worten: „Was wohl mein Samowar macht?" aus dem Zimmer.

Die Mutter blickte zum Fenster hinaus, auf der Straße glänzte ein starker Frosttag, in ihrer Brust war es ebenfalls hell, aber heiß. Sie wollte über alles lange und fröhlich, mit dem Gefühl unklarer Dankbarkeit gegen irgend jemand für das, was in ihre Seele eingezogen war und dort drinnen im Abendrotschein glühte, sprechen. Der lange nicht verspürte Wunsch, zu beten, versetzte sie in Unruhe. Ihr fiel ein junges Gesicht ein, eine helle Stimme rief in ihrer Erinnerung: „Das ist die Mutter Pawel Wlassows!" Saschas Augen glänzten freudig und zärtlich, die dunkle Gestalt Rybins tauchte auf, das bronzene, feste Gesicht ihres Sohnes lächelte, Nikolai blinzelte verwirrt und plötzlich wallte alles in einem tiefen, leichten Seufzer auf, floß ineinander und vereinigte sich in einer durchsichtigen, bunten Wolke, die alle Gedanken in dem Gefühl der Ruhe umschlang.

„Nikolai hatte recht!" sagte Ludmilla beim Eintritt. „Ohne Frage ist er verhaftet. Ich habe den Jungen hingeschickt, wie Sie sagten. Er erzählt, auf dem Hofe sei Polizei, er hätte einen Polizisten hinter dem Torweg verborgen gesehen. Auch schlichen Spione umher. Der Junge kennt sie."

„Ja—a!" sagte die Mutter kopfnickend. „Der Aermste . . ."

Und seufzte, aber ohne Kummer und wunderte sich sofort im stillen darüber.

„Er hat die letzte Zeit viel Vorlesungen unter den städtischen Arbeitern gehalten und es war überhaupt soweit, daß man ihn „verschüttete"!", meinte Ludmilla finster. „Die Freunde sagten ihm: „Mach', daß du fortkommst", aber er hörte nicht! Meiner Meinung nach muß man die Leute in solchen Fällen zwingen und nicht bitten . . ."

In die Tür trat ein schwarzhaariger, rotbärtiger Bursche mit hübschen, blauen Augen und höckeriger Nase.

„Soll ich den Samowar bringen?" fragte er hell.

„Bitte, Ssergej . . . Mein Zögling. Sie haben ihn wohl früher gesehen?"

„Nein."

„Er kam bisweilen zu Nikolai, ich schickte ihn hin . . ."

Der Mutter kam es so vor, als wenn Ludmilla heute anders, einfacher, ihr vertrauter sei. In den sanft schaukelnden Bewegungen ihres schlanken Körpers lag viel Schönheit und Kraft, die das strenge und blasse Gesicht etwas milderten. Die Ringe unter ihren Augen waren in der Nacht größer geworden. Und man spürte in ihr beständige Anstrengung. Es war, als wenn in ihrer Seele eine Saite straff gespannt sei.

Der Knabe brachte den Samowar herein.

„Stell dich mal vor, Ssergej! Das ist Pelagea Nilowna, die Mutter des Arbeiters, der gestern verurteilt worden ist."

Der Knabe verneigte sich schweigend, drückte der Mutter die Hand, ging hinaus, brachte Semmel und setzte sich an den Tisch. Ludmilla goß Tee ein und überredete die Mutter, nicht nach Haus zu gehen, bis sich nicht aufgeklärt hätte, wen die Polizei dort erwartete.

„Sicher wird man Sie verhören . . . und vielleicht . . ."

„Mögen sie doch!" erwiderte die Mutter. „Und verhaften sie mich — so ist das kein großes Unglück . . . Wenn ich nur erst Pawels Rede verbreiten könnte . . ."

„Die ist schon gesetzt. Morgen ist sie für die Stadt und Vorstadt zu haben . . . es reicht auch für den Bezirk. Kennen Sie Natascha?"

„Natürlich!"

„Da bringen Sie sie Natascha . . ."

Der Knabe las die Zeitung und hörte anscheinend nichts, bisweilen sah er aber hinter dem Blatt hervor auf das Gesicht der Mutter. Und wenn sie seinem lebhaften Blick begegnete, war ihr das angenehm und sie lächelte. Ludmilla sprach wieder über Nikolai, ohne seine Verhaftung zu bedauern, und der Mutter schien ihr Ton ganz natürlich. Die Zeit verstrich schneller als an anderen Tagen, und als man mit dem Teetrinken fertig war, war es schon gegen Mittag.

„Herrjeh!" rief Ludmilla. (Fortsetzung folgt.)

Die Neuwahlen zum Parteivorstand wurden nach den vorliegenden Vorschlägen vollzogen. — Nach Erstattung des Kassenberichts durch Oberinspektor Reime-Karlsruhe referierte Vizeadmiral a. D. Hoffmann (Baden-Baden) über die Reichsfinanzreform. In der an das Referat sich anschließenden Diskussion fand besonders die Stellungnahme zum Tabaksteuergesetz lebhaften Widerspruch. In sehr interessanten Ausführungen des Stadtrats Dr. Weill wurde darauf hingewiesen, daß sich der Gesamtvorstand der Partei in einer Sitzung gegen eine Mehrbelastung des Tabaks ausgesprochen hat. — Rechtsanwalt Frühauf (Karlsruhe) berichtete sodann über die nächsten Landtagswahlen und betonte, daß das Blockabkommen unter der Herrschaft des direkten Wahlrechts sich bewährt und den praktischen Beweis geliefert habe, daß es möglich sei, über eine klerikal-konservative Herrschaft zu siegen. Die Forderung der Mitwirkung im Block müsse die sein, daß der freisinnigen Partei ein absolut sicherer Sitz im Landtag zur Verfügung seitens der nationalliberalen Partei gestellt werde. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Landesversammlung der freisinnigen Partei ist im Interesse des Gesamtliberalismus grundsätzlich bereit, auch für die Landtagswahlen 1909 ein Blockabkommen mit der nationalliberalen Partei, den Demokraten und der national-sozialen Partei herbeizuführen. Sie muß aber als eine unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen eines solchen die Einräumung mindestens eines sichern Bezirks seitens der nationalliberalen Partei beanspruchen. Ohne die Gewißheit, auch im nächsten Landtag eine parlamentarische Vertretung zu erlangen, hat das Blockabkommen für die freisinnige Partei keinerlei Wert. Als sicheren Bezirk würde die freisinnige Partei den Wahlkreis Lörrach-Land akzeptieren, in welchem sie bei drei Landtagswahlen die nationalliberalen Kandidaten unterstützt hat und der laut Blockabkommens von 1905 ausdrücklich als neutraler Besitzstand bezeichnet worden ist. Die Landesversammlung beauftragt den Parteivorstand, mit der Leitung der nationalliberalen Partei die Verhandlungen fortzusetzen."

Rechtsanwalt Vortisch (Lörrach) begründete hierauf eine Resolution auf Abänderung der Vermögenssteuer durch Aufhebung der krassen Ungleichheiten bei der staatlichen Vermögenssteuer und durch wirksamen Schuldenabzug bei den Gemeindeumlagen, wolle man nicht die städtischen Hausbesitzer zugrunde richten. Diese Resolution fand gleichfalls Annahme.

Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde sodann der Parteitag geschlossen.

Deutscher Reichstag.

(162. Sitzung.)

Berlin, 14. Nov.

Die Besprechung der Interpellation Graf Hompesch über die **Arbeitslosigkeit** und **Albrecht** (Soz.) über die **Folgen der Wirtschaftskrise** wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Böhme** (w. Vg.) erklärt, daß der Zolltarif einen gewaltigen Aufschwung des Wirtschaftslebens zur Folge gehabt habe. Die Preise der Landwirtschaftsprodukte sind niedriger geworden, obgleich die Löhne gestiegen sind. Jetzt entziehe die Industrie der Landwirtschaft viele Kräfte. Es müsse daher durch eine staatliche Arbeitsvermittlung ein Ausgleich geschaffen werden. Der Staat sollte nur inländische Arbeiter beschäftigen.

Abg. **Brejski** (Pole) erklärt, seine Partei hätte es befremdet, daß der Staatssekretär von einer Reichs-Arbeitslosenversicherung nichts wissen wolle. Dies wird große Entrüstung unter den Arbeitern geben. Durch geradezu marktschreierische Reklame locke man Ausländer, namentlich Polen und Slowenen, in die deutschen Industriebezirke.

Abg. **Severing** (Soz.):

Der Staatssekretär begann gestern seine Ausführungen damit, daß die Ursache des Grubenunglücks in Radbod noch nicht bekannt sei. Diese Mitteilung steht im Gegensatz zu der Behauptung des Handelsministers Delbrück. Dieser soll nach dem Bericht eines hiesigen Blattes gesagt haben, daß von der Zechenverwaltung keine Verstöße gegen die bergpolizeilichen Vorschriften vorlägen. Die Arbeiter sind aber übereinstimmend der Meinung, daß lediglich die Nachlässigkeit der Zechenverwaltung an dem Unglück schuldig sei. Dies hat nur auch der Kollege Wiedeberg (Zentrum) bestätigt, der gestern an der Unglücksstätte war und sich unerkannt unter die Arbeiterschaft gemischt hat. Er hat von allen Arbeitern gehört, daß die Zechenverwaltung an dem Unglück schuld sei. Sollten die in einem hiesigen Blatt mitgeteilten Aeußerungen des Handelsministers zutreffend sein, so müßte ich entschieden Protest dagegen erheben. Die Arbeiter verlangen, daß Grubenkontrolleure aus Arbeiterkreisen zugezogen werden. Das haben sie gestern auch dem Prinzen Eitel Friedrich vorgetragen. Wenn die Wünsche der Arbeiter auf Einführung eines Reichsberggesetzes und Arbeiterkontrolleure erfüllt sein werden, so werden solche Unglücke bedeutend seltener werden. Der Abg. Böhme hat gemeint, die Arbeiter sollten nicht in die Stadt wandern, sondern auf dem Land bleiben, dann würden sie Beschäftigung haben. Ich möchte nur an den Abg. Böhme, der doch auch in einem ländlichen Kreise geboren ist, die Frage richten, warum er nach Berlin abgewandert und nicht auf dem Lande geblieben ist. Die Beantwortung des Staatssekretärs kann uns nicht genügen. Wir verlangen nicht, daß in der Zeit der Arbeitslosigkeit die ausländischen Arbeiter ausgewiesen werden. Wir verlangen nur, daß die inländischen Arbeiter bevorzugt und daß vor allem die ausländischen Arbeiter nicht zu niedrigeren Löhnen als die inländischen beschäftigt werden. Die Landarbeiternot rührt von der schlechten Bezahlung auf dem Lande her. Auch die Abwanderung aus Schlesien nach dem Westen ist die Folge der schweren Arbeitsbedingungen in Schlesien. Der sicherste Gradmesser für die große Arbeitslosigkeit ist die Einschränkung der Produktion. Die Textilindustriellen haben eine 14prozentige Arbeitseinschränkung vorgenommen. Auch die Eisen- und Stahlindustriellen haben eine umfangreiche Produktionseinschränkung vorgenommen; der Rückgang der Produktion beträgt fast zehn Prozent. Auch auf den deutschen Werften finden wir eine große Produktionseinschränkung. Die Gewerkschaften haben in den letzten paar Monaten sehr viel gegen die Arbeitslosigkeit getan.

Staatssekretär **Bethmann-Hollweg** weist entschieden die Erklärung des Abg. Brejski zurück, wonach an dem Unglück bei Hamm die Regierung schuld trage, obgleich die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Mit Genugtuung begrüße er die Versuche, die die Arbeiterorganisationen und die Kommunen hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung machen.

Abg. **Becker**-Arnsberg (Zentr.) erklärt, daß eine Arbeitslosenzählung nötig sei, schon um den Uebertreibungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten, sodann aber als Vorbedingung einer Arbeitslosenversicherung, an der das Reich auf die Dauer nicht vorübergehen könne. Die Sozialdemokraten wüßten die Interessen der Arbeiter nicht besser wahrzunehmen, als durch eine Polemik gegen die Partei, die von den bürgerlichen Parteien sozialpolitisch am meisten geleistet habe. Nicht die Sozialdemokraten hätten das Zentrum vorwärts gedrängt, sondern die praktische Sozialpolitik des Zentrums bringe auch die Sozialdemokratie immer mehr dazu. Bei der Frage der Arbeitslosigkeit solle man sich sehr vor Uebertreibungen hüten.

Abg. **Hahn** (kons.): Viel nötiger als eine Arbeitslosenversicherung sei die richtige Verteilung der Arbeiter auf Stadt und Land. (Sehr wahr, rechts.) Vor 2 Jahren habe man Mangel an Arbeitern gehabt und jetzt habe man Mangel an Arbeitsgelegenheit, d. h. nur in der Stadt, nicht auf dem Lande. Dort habe der Mangel an Arbeitern seit Jahren das Herausbringen von Hackfrüchten verhindert. Es fehle immer noch an Arbeitern fürs Land. Unsere zielbewußte Wirtschaftspolitik, unsere Zollpolitik ist es, der wir es zu danken haben, daß eine solche Arbeitslosigkeit gar nicht eintreten könne, wie in anderen Ländern. Seine Freunde wünschten der Industrie alles Gute. Sie seien überhaupt die wärmsten Freunde der Konsumenten unserer Artikel, aber sie wünschten nicht eine so sprunghafte Betätigung der Industrie. Von seinen Freunden sei auch stets gewarnt worden vor der Ueberschätzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten und vor dem Treiben der Börse. Weiterhin bekämpft Redner die sozialdemokratische Auffassung, als ob die Arbeiter ihrer Partei alles verdankten und als ob alle anderen nur Drohnen seien.

Abg. **Behrens** (Christl.-Soz.) erklärt, die Arbeitslosenversicherung gehöre am besten in die Hände der Organisationen. Auch die Landwirtschaft werde damit rechnen müssen, daß ihre Arbeiter Organisationen bekommen. Um die Rückkehr von Bergarbeitern auf das Land zu erleichtern, solle man die Fahrpreise für die betr. Arbeiter verbilligen.

Abg. **Gothein** (freis. Vg.) erweitert seine gestrigen Ausführungen. Die Junker seien an der Landflucht der Arbeiter schuld, weil sie die kleinen Bauern entrechtet und geknechtet haben. Eine Verstaatlichung der Kohlenbergwerke hätte keinen Zweck, denn die Verwaltung würde sicherlich die Konjunktur nicht übersehen. Man würde nur zu einer Kohlenknappheit kommen. Die Politik unserer Großbanken sei durchaus richtig. An den schlechten Verhältnissen sei unsere Schutzzollpolitik schuld. Unsere schlechte auswärtige Politik erschwere uns den Absatz im Auslande ganz bedeutend.

Abg. **Sachse** (Soz.):

Beschämend ist es, daß hier deutsche Arbeitersekretäre, wie Herr Behrend und Herr Becker, auftreten und die agrarische Zollpolitik verteidigen. Das Getreide geht ins Ausland. Deutsche Mühlen haben nicht genug Getreide zu mahlen und die deutschen Arbeiter haben kein Brot. Es heißt jetzt wieder, daß das Unglück in Radbod durch die Arbeiter verschuldet worden sei, weil sie nicht genug berieselt hätten. So ähnlich war es bei dem Unglück auf der Zeche „Borussia". Damals konnte die Bergdirektion mitteilen, als die Flammen aus den Zechen schlugen, daß die Grubendirektion keine Verantwortung für die Zeche treffe. Die „Rhein. Westf. Ztg." verlangte damals, daß eine Untersuchung eingeleitet würde; die Untersuchung ergab aber nichts. Jetzt hat sich herausgestellt, daß damals Meineide geleistet worden sind. Zahlreiche Anklagen wegen Meineids schweben jetzt. In einer Nacht brannte ein Haus ab, in dem zwei Arbeiterzeugen wohnten. Die beiden Arbeiter wurden verhaftet, weil man sagte, sie hätten ihr Haus abgebrannt. Wenn ich Staatsanwalt wäre, ich hätte andere verhaftet, denn der Verdacht liegt nahe, daß man die beiden Arbeiterzeugen unschädlich machen wollte. Bei dem jetzigen Grubenunglück ist in der Tat anscheinend zu wenig berieselt worden; aber das liegt daran, daß die Arbeiter kein Wasser zur Berieselung hatten (Präsident Graf **Stolberg**: Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen. Ich verstehe ja Ihre Erregung, in der Sie sich infolge dieses Unglücks befinden, aber wir werden ja in einigen Tagen diese Angelegenheit behandeln.) Auch das Grubenunglück steht im gewissen Zusammenhange mit der Arbeitslosigkeit. Aber ich glaube auch, daß wir die Angelegenheit nicht so nebenbei abtun können.

Der Präsident beraumt darauf die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 19. November, 1 Uhr an. Tagesordnung: Finanzreform und Steuervorlagen. Es soll zunächst eine gemeinsame Diskussion über alle Vorlagen stattfinden.

Schluß 4 Uhr.

Theater und Musik.

Spielplan des großh. Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 16. November. B. 18. **„Monna Vanna"**, Schauspiel in 3 Akten von Maeterlinck. Anfang 7 Uhr, Ende ½10 Uhr.

Dienstag, 17. Nov. C. 19. **„Es lebe das Leben"**, Drama in 5 Akten von Hermann Sudermann. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Mittwoch, 18. Nov. (7. Vorst. außer Abonn. Zum Vorteil der Hoftheaterpensionsanstalt: Schwedisches Konzert, veranstaltet vom Konzertverein Stockholm unter Protektion der Königin von Schweden. Dirigent: Tor Aulin; Solisten: Dogmar Möller und Erik Elfgren. Anfang 7 Uhr.

Donnerstag, 19. Nov. B. 19. **„Im weißen Rößl"**, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr, Ende ¼10 Uhr.

Freitag, 20. Nov. A. 20. **„Germania"**, Oper in einem Vorspiel, 2 Bildern und einem Nachspiel von Franchetti. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Samstag, 21. Nov. C. 20. **„Der Prophet"**, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Meyerbeer. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Sonntag, 22. Nov. (Buß- und Bettag): **Keine Vorstellung.**

Montag, 23. Nov. B. 21. **„Candida"**, Lustspiel in 3 Akten von Bernhard Shaw. Anfang 7 Uhr, Ende ¼10 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 18. Nov. (9. Abonn.-Vorst.) Zum erstenmal: **„Candida"**, Lustspiel in 3 Akten von Shaw. Anfang 7 Uhr, Ende ¼10 Uhr.

Kommunalpolitik.

Glänzender Wahlsieg bei der Stadtverordnetenwahl in Altenburg. Die Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung in der Hauptstadt des Herzogtums Sachsen-Altenburg, Altenburg, die am Freitag den 13. November stattfanden, brachten der Partei einen glänzenden Sieg. Es standen 5 Sitze zur Wahl. Die bisherigen bürgerlichen Vertreter haben — unter Leitung des Reichsverbands-Agenten Mertens — eine schwere Niederlage erlitten. Unter starker Wahlbeteiligung siegte die sozialdemokratische Liste mit 1571 bis 1886 Stimmen. Die bürgerliche Liste bekam 1129 bis 1216 Stimmen. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug 3695. Gegenüber der Wahl vor zwei Jahren, wo die Partei mit 50 Stimmen unterlag, hat die Sozialdemokratie um 636 Stimmen zugenommen. Die bürgerlichen Gegner haben gegen 100 Stimmen verloren. Diese Niederlage geht wesentlich auf Kosten des Reichsverbandes. Zahlreiche bürgerliche Wähler haben aus Ekel vor der Kampfesweise des Reichsverbandes den sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Grötzingen, 15. Nov. Auch ein Beitrag für die Sammelmappe. In der Samstagnummer wird in etwas ulkiger Weise über die Weitsichtigkeit unserer Ortsbehörde berichtet. Nun ist Weitsichtigkeit gewiß kein Fehler für eine Gemeindeverwaltung, aber durch die Beschäftigung mit fernen Zukunftsproblemen scheint man auf dem hiesigen Rathaus der Gegenwart vollständig entrückt zu sein. Gewiß beschäftigt man sich dort oben im geheimen viel mit der künftigen Wasserleitung und man hört deshalb nicht die Klagen über die ungemein schlechte gegenwärtige Wasserversorgung. Man sieht nicht, daß ein Teil der Brunnen vollständig verlottert ist, daß einige ganz defekt sind. Und dieser überaus traurige und beschämende Zustand wird nicht dadurch gebessert, daß man von Zeit zu Zeit einen Brunnen schließt oder eine Quelle zuschüttet. Es wäre deshalb sehr zu empfehlen, daß man neben den großen Zukunftsplänen auch der Gegenwart noch ein klein wenig Beachtung schenkt und den bestehenden Bedürfnissen Rechnung trägt.

Auch in anderer Hinsicht hat es den Anschein, als befinde sich unsere Gemeindebehörde in Wolkenkuckucksheim, fernab von diesem irdischen Jammertal. Am Schluß dieses Monats sind nämlich die Mandate der ausscheidenden Bürgerausschußmitglieder abgelaufen. Und nichts rührt sich, keinerlei Anstalten sind noch getroffen worden, die auf eine Wahl schließen lassen. Die Vorkommnisse vor drei Jahren, wo der Termin ebenfalls verschlafen wurde, scheinen nicht bessernd gewirkt zu haben. Auch hier wäre es jedenfalls gut, wenn man sich an gegebener Stelle etwas mehr mit der Wirklichkeit befassen würde, es könnte sonst der Verdacht aufkommen, daß man sich auf dem Rathaus an eine Wahl gegenwärtig gar nicht heranwage.

Alle Hoffnungen vorbei.

Konnte man bisher noch der stillen Hoffnung Raum geben, es werde vielleicht noch einigen Knappen gelingen, sich bis zum Förderschacht durchzuarbeiten, so hat sich dies Klammern an einen Strohhalm nun auch als trügerisch herausgestellt. Der Schacht ist jetzt, um das Feuer in der Grube zu ersticken, ebenfalls unter Wasser gesetzt. Nun ist wirklich kein Schimmerchen von Hoffnung mehr vorhanden. 360 Menschen haben zu atmen aufgehört; plötzlich riß der Tod sie dahin, versetzte viele hundert Familien in namenloses Weh.

•

Die furchtbare Explosion hat eine so hohe Zahl von Opfern gefordert wie kein Grubenunglück zuvor. Die Katastrophe wäre aber noch schlimmer geworden, wenn statt der Nachtschicht die Morgenschicht davon betroffen worden wäre. Eine große Anzahl Arbeiter der Morgenschicht und Nachmittagsschicht hatte am Tage des Unglücks eine Beischicht verfahren; jetzt gehören sie zu den Toten. Insgesamt waren eingefahren 361 Mann, von denen nur 60 zutage gefördert werden konnten und leider nur 8 Unverletzte; 43 wurden tot herausgeschafft oder sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen. Auch die herausgeschafften 9 Verletzten dürften nicht alle mit dem Leben davonkommen. Die Leichen und Verletzten lagen zusammen in den Strecken nahe beim Schacht. Das Vordringen in die Reviere wurde verhindert durch gewaltige Feuer, die an den verschiedenen Stellen ausgebrochen waren, die auch den noch in den Revieren sich befindenden Bergarbeitern den Weg zum Schachte versperrten. Eine Verbindungsstrecke nach einer andern Grube fehlt. Warum die Flucht über die erste Sohle unmöglich war, muß noch festgestellt werden.

Auf der Grube sind viele Mißstände vorhanden,

die mehr oder weniger mit dem Unglück im Zusammenhang stehen und die zu fortgesetzten Klagen der Bergarbeiter Veranlassung gaben. Die Tatsache, daß auf Radbod bei einer Belegschaft von 1200 Mann im ersten Halbjahre 1908 830 Zugänge und 656 Abgänge zu verzeichnen waren, beweist nach dieser Richtung genug. Daß die Sicherheit der Betriebe und der Arbeiter darunter leidet, ist selbstverständlich. So oft aber auch die Belegschaft Klagen erhob, Abhilfe wurde nicht geschaffen. Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten war meist miserabel, die Entlohnung eine schlechte. Von den auf der Zeche beschäftigten Arbeitern wird angegeben, daß die Grube sehr oft wegen Wassermangels nicht berieselt werden konnte. Dabei ist die Grube heiß und kohlenstaubreich; an den Tagen vor der Katastrophe, Montag, Dienstag und Mittwoch, war kein Wasser zur Berieselung der Grube vorhanden, am Mittwoch kam zwar wieder Wasser, aber ohne Druck und das in einer Grube, wo eine Berieselung die heißen Oerter und Strecken nur höchstens ein bis zwei Stunden feucht hält. Der Kohlenstaub, der dann zur Weiterverbreitung der Schlagexplosion beitrug, lagerte fingerdick.

Für die Opfer des Unglücks.

Der Berliner Magistrat hat beschlossen, 20 000 Mark für die Verunglückten und Hinterbliebenen der bei dem Unglück auf Zeche Radbod Verunglückten zu bewilligen und die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung hierzu nachzusuchen.

Aus Köln wird gemeldet, daß die dortigen Blätter Aufrufe zur Sammlung für die Verunglückten ergehen lassen. Die „Kölnische Zeitung" teilt mit, daß bereits 24 000 Mk. bei ihr eingegangen seien.

Soziale Rechtspflege.

rd. **Rechte des wegen Simulationsverdachtes in ein Krankenhaus eingewiesenen Kassenmitgliedes.** Ein Bauarbeiter, der seit fast drei Wochen keine Arbeit hatte, meldete sich bei seiner Kasse krank. Diese hielt den Arbeiter für simulationsverdächtig und verfügte seine Einweisung ins Krankenhaus behufs Beobachtung seines Gesundheitszustandes. Der Eintritt ins Krankenhaus erfolgte erst einige Tage nach Ablauf von drei Wochen,

welche seit dem Austritt des Arbeiters aus seiner Beschäftigung bezw. nach seinem Ausscheiden aus der Kasse verflossen waren.

Während der Zeit seines Aufenthaltes im Krankenhause beanspruchte nun der Arbeiter gemäß § 7, Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes Unterstützung seiner Angehörigen durch die Kasse, indessen lehnte diese die verlangte Zahlung mit der Behauptung ab, Angehörigenunterstützung brauche sie nur zu zahlen, wenn das betr. Kassenmitglied wegen Krankheit in das Krankenhaus eingewiesen sei, nicht aber dann, wenn es wegen Simulationsverdachts darin Aufnahme gefunden habe. Weiterhin sei der Arbeiter erst mehrere Tage nach Ablauf der gesetzlichen Dreiwochenfrist ins Krankenhaus eingetreten; nach § 28, Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes habe ein Kranker aber nur dann Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse, wenn der Unterstützungsfall innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse eintritt.

Indessen hat das Badische Verwaltungsgericht dem klagenden Arbeiter die von ihm geforderte Angehörigenunterstützung zugesprochen. Daß der Kläger wegen Simulationsverdachts in das Krankenhaus eingewiesen wurde, sei kein Grund, ihm diese Unterstützung zu entziehen. Freilich ist der Zweck der Einweisung ins Krankenhaus wegen Simulationsverdachts zunächst nicht die Heilung einer Krankheit, sondern die Feststellung, ob eine solche und welche besteht. Aber das Gesetz behandelt eine solche Einweisung schlechtweg als Krankenhausunterstützung und der Eingewiesene hat daher für die Dauer des unfreiwilligen Beobachtungsaufenthaltes im Krankenhause ohne Ansehung des Ergebnisses der Einweisungsmaßregel die im § 7, Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes zugebilligte Schadloshaltung zu beanspruchen.

Auch der fernere Einwand der Kasse, der Eintritt ins Krankenhaus sei erst nach Ablauf der gesetzlichen Dreiwochenfrist erfolgt, ist nicht stichhaltig; es kommt vielmehr lediglich darauf an, daß die Einweisung noch innerhalb der Dreiwochenfrist erfolgte. Das aber ist im vorliegenden Falle geschehen.

Badische Chronik.

Baden-Baden.

— **Zur Bürgermeisterfrage.** In einer vorgestern abgehaltenen vertraulichen Sitzung des Bürgerausschusses wurde einstimmig beschlossen, den Regierungs-Assessor Dr. v. Saint-George in Villingen als einzigen Kandidaten für den freigewordenen Bürgermeisterposten zur Wahl zu stellen. v. Saint-George ist ein geborener Konstanzer und 31 Jahre alt. Im Jahre 1901 wurde er nach bestandenem Staatsexamen Rechtspraktikant und 1905 Referentar; v. Saint-George gilt als ausgezeichneter und talentierter Verwaltungsbeamter.

— **Vermißt** wird seit gestern Nachmittag der hier wohnhafte Rentner Loewi. Man vermutet, daß ihm ein Unfall zugestoßen ist.

Freiburg.

— **Die Arbeitslosenfrage.** Am Mittwoch Abend findet, wie schon bekannt, eine Versammlung statt, in welcher die Stellung des Stadtrats zur Arbeitslosenfrage besprochen wird. Der Stadtrat hat es mit einer nichtssagenden Begründung abgelehnt, den Gewerkschaften Zuschüsse zu der Arbeitslosenunterstützung zu bezahlen. Es wäre das eine Ausgabe von wenigen Tausend Mark. Diese Frage ist von Wichtigkeit für alle Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung bezahlen. Für die anderen Gewerkschaften ist die Regelung derNotstandsarbeiten von großer Wichtigkeit. Dringend erforderlich ist, daß die Versammlung stark besucht wird. Gewerkschaftskollegen, agitiert für einen starken Besuch. Eine intensive Agitation ist doppelt notwendig, da am gleichen Tag im Kornhaus eine Veranstaltung des Arbeiter-Abstinentenbundes stattfindet. Bei der Zahl von organisierten Arbeitern muß es aber gelingen, beide Lokale bis auf den letzten Platz zu füllen.

— **Verschüttet und getötet wurde** vorgestern Vormittag 10½ Uhr der 58 Jahre alte verheiratete Taglöhner Josef Simon von hier in einer im Zinswalde gelegenen Sandgrube.

— **Lichtbildervortrag.** Am Mittwoch, 11. November, veranstaltete das Gewerkschaftskartell in den Räumen des Kolosseums einen Lichtbildervortrag über: „Die Urgeschichte der Erde, die mutmaßliche Entstehung der Welten nach der Kantschen Hypothese und die dann folgende Weiterentwicklung", wie sie sich aus der Geologie nachweisen läßt. Vorgeführt wurden die Lichtbilder durch den bekannten Wanderredner R. Laube aus Leipzig, der es verstand, sowohl in Wort als auch in Bild den Werdegang der Erde in anschaulichster Weise zu schildern, soweit dies im Rahmen eines Vortrages irgendwie denkbar ist. Der Vortrag hätte etwas besser besucht sein dürfen, auch hätte für etwas bessere Beheizung Sorge getragen werden sollen.

— **Eine Besichtigung der Ausstellung alter Gemälde** findet am Sonntag, 22. November, im Kaufhaussaale statt. Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, welche diese Ausstellung besuchen möchten, wollen sich um halb 10 Uhr vor dem Kaufhaus einfinden. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf., statt 1,10 Mk. Es ist also ein Ausnahmepreis und bietet sich kaum wieder eine solche Gelegenheit, eine derartige Ausstellung zu besichtigen. Wer einen künstlerischen Genuß sich leisten will, hat die beste Gelegenheit dazu.

— **Eine aufregende Szene** führte dieser Tage die 34jährige Aktuarswitwe Berta Steinhäuser vor der Strafkammer hier herbei. Die Angeklagte hat ein bewegtes Leben hinter sich. Sie ist von Pforzheim und vielfach vorbestraft. Im vergangenen Jahre führte sie in der Eisenbahnstraße mit zwei Eheleuten ein äußerst freches, raffiniertes Schwindelmanöver aus, weshalb sie nun vor der Strafkammer stand. Sie wurde dieserhalb zu 10 Monaten und 8 Wochen Gefängnis bestraft. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie die Strafe annehmen wolle, erklärte sie. „Nein, niemals!" und gebärdete sich dabei wie eine Rasende. Als sie die Anklagebank verließ, schlug sie sechsmal hintereinander ihren Kopf mit aller Wucht auf das Geländer des Schriftführerpultes, so daß man allgemein glaubte, sie habe sich den Schädel zertrümmert. Nur mit Mühe gelang es den Gendarmen, die Wütende ins Gefängnis abzuführen. Aus dieser Tat spricht die Verzweiflung. Wie weit mag wohl die Gesellschaft an diesem verfehlten Leben Schuld tragen?

— **Wegen Milchpantscherei** wurden vom Bezirksamt Freiburg die Katharina Schwing ledig mit 10 Mk. und vom Bezirksamt Donaueschingen der Landwirt Paul Merk in Döggingen mit 5 Mark Geldstrafe belegt.

— **Vom Schulzahnarzt** wird berichtet, daß im Monat Oktober dieses Jahres 180 Schulkinder untersucht und 469 behandelt wurden. Die Zahl der Behandlungen, Füllungen, Extraktionen und Konsultationen beträgt 590.

Waldshut.

— **Ortskrankenkassenwahl.** Am nächsten Mittwoch, 18. November, abends 8 Uhr, findet im Saale des Hotel „Rebstock" eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Arbeitersekretär Willi in Karlsruhe über: „Die Ortskrankenkasse und die Wahlen zur Generalversammlung" referieren wird. Wir ersuchen recht kräftig zu agitieren, damit die Versammlung einen Massenbesuch aufweist.

Konstanz, 14. Nov. Das „persönliche Regiment" ist dieser Tage auch dem Publikum des Konstanzer Stadttheaters fühlbar geworden. Es sollte nämlich die bekannte Operette „Die Dollarprinzessin" gegeben werden, wozu die hiesige Infanteriekapelle die Musik stellen sollte. Aber den geliebten Untertanen von Konstanz wurde ein Strich durch die Rechnung gemacht, denn die Regimentskapelle wurde anläßlich der Anwesenheit des „obersten Kriegsherrn" nach Donaueschingen befohlen. Darob große Bestürzung auf Seiten der Direktion, Mißstimmung und Unbehagen bei dem in freudiger Erwartung gespannten Publikum, piquiert durch die Macht eines Einzelnen seine privaten Kreise gestört zu sehen. Ersatz ließ sich so schnell nicht schaffen und man mußte sich wohl oder übel mit den armseligen Klängen eines Klimperkastens begnügen, dieweil die beliebte Militärkapelle zum Diner der großen Herren aufspielte. Hoffentlich haben die Konstanzer dem monarchischen Prinzip dieses kleine Opfer ohne Murren gebracht.

Stockach, 14. Nov. Kirchenräuber. In der hiesigen katholischen Kirche wurden am Montag dem „Bettelbuben" beide Hände, in denen er die Opferbüchse hielt, abgeschlagen und letztere samt Inhalt entwendet. Die Tat wurde am hellen Tag verübt. Von dem Täter hat man noch keine Spur.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 15. Nov.

Der Nachfolger Föhrenbachs.

Als Nachfolger des vom Amte zurückgetretenen 1. Bürgermeisters Föhrenbach hat die mit den Vorbereitungen der Neuwahl betraute Kommission, wie die „Frkf. Ztg." meldet, den Oberamtmann **Dr. Paul** aus Mannheim vorgeschlagen.

Paul gilt, so bemerkt der „Mannh. Generalanz.", als außerordentlich begabter und fleißiger Jurist, der Aussicht gehabt hätte, auch im Staatsdienst recht gute Karriere zu machen. Er zählt zu denjenigen Verwaltungsbeamten, für die ein Ruf ins Ministerium nur eine Frage der Zeit ist. Paul ist 35 Jahre alt und bestand 1896 das erste und 1899 das zweite juristische Staatsexamen. Im Jahre 1902 urde er Amtmann in Emmendingen, 1904 in Mannheim und 1906 in Freiburg. Nach dem großen Brande in Donaueschingen hat er mit Geschick und unermüdlichem Fleiße die umfangreichen und schwierigen Dienstgeschäfte des wegen Krankheit beurlaubten Amtsvorstandes Dr. Strauß von da geführt, und hat sich dabei große Verdienste erworben.

Noch einmal die Gewerbegerichtssitzung.

Man schreibt uns: In dem Freitags-Bericht des „Volksfreund" über die Gerichtssitzung vom 12. Nov. beanstandet die Redaktion das Urteil in dem an erster Stelle mitgeteilten Falle Stuber gegen Bausback. **Mit vollem Recht!** Wenn der Kläger die ungünstige Zensur seiner Leistungen im Zeugnis anfocht, so waren folgende Möglichkeiten gegeben: Entweder nahm der Kläger überhaupt von einer Angabe über seine Leistungen Abstand, wozu er durchaus befugt war; dann mußte das Gericht einem dahingehenden Antrage gemäß die Firma zur Ausstellung eines entsprechenden Zeugnisses verurteilen; wollte Kläger nicht auf eine Zensur der Leistungen verzichten, aber eine günstige Zensur anstreben, weil er sie für wahrheitsgemäß hält, so mußte das Gericht dem Antrage stattgeben, wenn es die Meinung des Klägers für richtig hielt, im anderen Falle ihn aber mit der Klage glatt abweisen. **Auf keinen Fall aber war es befugt**, ein Urteil zu sprechen, das rein formell dem Antrage des Klägers auf Aenderung des Zeugnisses stattgibt, aber ohne Antrag des Klägers und dem klägerischen Sinne geradezu zuwiderlaufend, das Zeugnis noch ungünstiger als vorher gestaltet. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Urteil, „weil die Leistungen nicht befriedigend waren", viel allgemeiner und darum härter ist, als die ursprüngliche, mehr persönliche Aeußerung, „weil wir mit seinen Leistungen nicht vollkommen zufrieden waren". Es kann jemand z. B. bei aller Tüchtigkeit den besonderen Anforderungen eines Spezialgeschäftes oder eines besonders schwierigen Arbeitgebers nicht gewachsen sein; aber nach dem Gerichtsurteil würde dem Kläger auch jede Leistungsfähigkeit abgestritten sein. Wenn der Bericht nicht auf einem Hörfehler beruht — was man leicht annehmen könnte, wenn nicht so manches auffällige Urteil vom hiesigen Gewerbegericht hier schon gesprochen worden wäre —, so ist das Urteil auch wertlos, weil niemand den Kläger zwingen kann, das erste Zeugnis herauszugeben und sich dafür ein schlechteres einzutauschen, so daß das Urteil bei keinem Interessenten den Wunsch erwecken wird, es vollstrecken zu lassen. Was ist mit einem solchen Urteil anzufangen?

Aber **auch der vierte** vom „Volksfreund" mitgeteilte **Fall** derselben Sitzung — Kleber gegen Ketlitz — **fordert zur Kritik geradezu heraus.** Das Gericht hat den Werkmeister **ganz unnötig schwören lassen.** Denn auch die von letzterem zugegebene Aeußerung: „Sie scheinen frech werden zu wollen!" enthält ohne jeden Zweifel eine Beleidigung, die von jedem Schöffengericht gesühnt worden wäre für den Fall der Klage. Der Arbeiter hätte sie sich gegenüber dem Meister nicht erlauben dürfen, ohne daß er die Entlassung erhalten hätte und mit seiner Entschädigungsklage von dem unter Vorsitz des Herrn Stadtrats Boeckh tagenden Gewerbegericht abgewiesen worden wäre. Schon mit dem Worte „frech" hat der Meister zweifelsfrei die Erregung des Arbeiters und damit dessen beleidigende Erwiderung hervorgerufen. Daher war die kündigungslose Entlassung des Arbeiters nicht gerechtfertigt.

Sozialdemokratischer Verein.

Der Kassier gibt bekannt: Den Mitgliedern des soziald. Verein teilen wir hierdurch mit, daß im 4. Quartal alle Mitgliedsbücher eingezogen werden betreffs Neuanlegung des Hauptbuchs. Die Mitgliedsbücher erhalten eine andere Nummer. Die Unterkassierer werden angewiesen, den Beitrag etwas früher zu holen, damit bis Jahresschluß alles fertiggestellt sein kann. Diejenigen Mitglieder, welche ihre Wohnung gewechselt haben, mögen das in ihrem Buche bemerken.

Auch können die Bücher beim Kassier, Maienstr. 1 part., oder in der nächsten Mitgliederversammlung abgegeben werden. Da die Arbeit eine ziemlich umfangreiche ist, so werden die Mitglieder gebeten, dieselbe tatkräftig zu unterstützen.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Am Montag, abends halb 9 Uhr, findet die ordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse im großen Rathaussaale statt. Die gewählten Vertreter werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Gesangverein „Lassallia"

gab am gestrigen Sonntag nachmittag im „Kühlen Krug" einen Volksliederabend. Der geräumige Saal war dicht besetzt, ein Beweis für die Beliebtheit und den guten Ruf, den der Verein in den hiesigen Arbeiterkreisen genießt. Zum Vortrag kamen durchweg nur Volkslieder, die mit großer Präzision und Gefühl gesungen wurden. Eine Musterleistung war gleich Nummer 1 des Programms „Es steht eine Lind' im tiefen Tal", ein Volkslied aus dem 16. Jahrhundert, ebenso Nr. 7b „Mädchen mit dem roten Mündchen". Daß der Verein aber auch über gute Solokräfte verfügt, bewiesen uns die zwei Baßsoli des Mitgliedes Ade, bei dem man hört, daß er auf dem Gebiete des Sologesanges kein Anfänger mehr ist, bei dem eine nicht unwesentliche musikalische Vorbildung vorausgesetzt werden muß. Auch die beiden Vereinskomiker, die Mitglieder Jarolimeck und Rotter (Rotterio), die das humoristische Seil bestiegen, verstanden sich des Beifalls der Zuhörer zu versichern. Rotter brachte u. A. sogar eine eigene Originaldichtung über aktuelle politische Vorgänge zum Vortrag, in welcher weder „Zeppelin", das „persönliche Regiment", die „Balkanfrage", die „Finanzreform" noch der „Nürnberger Parteitag" fehlte. Schließlich ging noch ein Schauspiel „Das rote Gespenst" über die Bühne, das als eine gute Dilettantenleistung zu bezeichnen ist. Den Abschluß des Abends bildete das übliche Tänzchen, das die Jungen und die Alten bis in die späten Abendstunden zusammenhielt.

Dauernde Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

In seiner jüngsten Eingabe an den Stadtrat hat Gen. Willi u. a. noch folgende Vorschläge gemacht:

Um für spätere Zeiten die Ergreifung von geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erleichtern, erlauben wir uns, noch folgende Vorschläge zu machen:

1. In den Etat der Stadt Karlsruhe wäre künftig regelmäßig eine Summe für Notstandsarbeiten während der Wintermonate einzustellen, in Jahren guten Geschäftsganges, die keine Notstandsarbeiten erfordern, wäre die im Etat eingestellte Summe zur Bildung eines Fonds für Notstandsarbeiten anzulegen;
2. die Frage einer kommunalen Arbeitslosen-Versicherung auf der Grundlage des Genter Systems wäre einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und
3. sollten die kommunalen Körperschaften, Stadtrat und Bürgerausschuß, Reichsregierung und Reichstag auffordern, die reichsgesetzliche Arbeitslosen-Versicherung einzuführen.

Wirtschaftliche Krisen sind keine ausnahmsweisen Erscheinungen, sie wiederholen sich vielmehr mit einer gewissen Regelmäßigkeit. Darum ist es auch notwendig, daß man sich darauf vorsieht und rechtzeitig Maßnahmen trifft, welche bei Eintritt einer Krise sofort in Anwendung kommen können.

Um den Nachweis dafür zu erbringen, daß die jetzigen Verhältnisse umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordern, möchten wir vorschlagen, daß eine Zählung der Arbeitslosen am hiesigen Platze vorgenommen wird, und zwar unter Mitwirkung der Gewerkschaften auf Kosten der Gemeinde.

Inzwischen sollte aber an die Beratung der oben gemachten Vorschläge herangetreten werden.

Die Propagandagesellschaft für Mutterschaftsversicherung

hält am Donnerstag, 19. November, ihre Generalversammlung ab. Sie will bei dieser Gelegenheit die Statuten vorlegen und zugleich die Grundzüge bekannt geben, auf welche sie die Errichtung der Mutterschaftskasse stützt. Bekanntlich hat die Landesversicherungsanstalt 300 Mk., der Karlsruher Stadtrat 1000 Mk. bewilligt. Die Unterstützung der Wöchnerinnen ist etwa in der Weise gedacht, daß bei einem Monatsbeitrag von 50 Pfg. und einer Mitgliedschaft von 1 Jahr 20 Mk., nach 2 Jahren 30 Mk., nach 3 Jahren 40 Mk. usw. ausbezahlt werden, damit die Wöchnerinnen sich wenigstens 4 Wochen nach der Entbindung ganz oder wenigstens teilweise der Arbeit enthalten kann und Zeit und Kraft gewinnt, um sich der Pflege ihres Körpers und des Säuglings zu widmen. — Das Unternehmen verdient die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft.

Zum Milchkrieg.

Am Samstag nachmittag fand hier eine Versammlung von Milchhändlern und Milchproduzenten zum Zwecke einer Verständigung statt. Wurde dieselbe auch am Samstag nicht erzielt, so sind doch Aussichten vorhanden, daß sie in allernächster Zeit erreicht werden wird.

-tke. **Die hiesige Ortsgruppe des Monistenbundes** veranstaltete Freitag Abend im „Goldenen Adler" eine Versammlung, in welcher Herr Diemer einen Vortrag über: „Monistische Lebensauffassung" hielt. Der Vortragende führte aus: Der Mensch ist nicht das Werk eines übernatürlichen Wesens, sondern ein Produkt der Entwicklung. Er entwickelte sich aus der untersten Stufe des Tierreichs zum heutigen Kulturmenschen. Der Mensch unterscheidet sich vom Tiere durch das bewußte Denken. Durch dieses wird beim Menschen auch das sittliche und ethische Bewußtsein erzogen, das ihn befähigt, über gut und schlecht zu unterscheiden. Die Erziehung zum wahren Kulturmenschen muß aber schon beim Kinde beginnen. Leider haben sehr viele Eltern nicht die Zeit, sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen. Diese sind sich selbst überlassen und wenn sie dann sittlich und moralisch entgleisen oder als Verbrecher enden, ist das

nicht verwunderlich. Die Frage, ob durch den Religionsunterricht in der Schule dem Menschen allein der sittliche und moralische Halt gegeben wird, ist zu verneinen, da die Religionslehre, der starre Dogmenglaube, sich mit den Forschungen der Wissenschaft im Gegensatz befindet. Dem Kinde muß ein Sitten- und Moralunterricht zuteil werden. Der Staat hat nicht das Recht, es kann auch nicht seine Aufgabe sein, den Menschen ein religiöses Glaubensbekenntnis aufzuoktroieren. Deshalb ist die Kirche vom Staate zu trennen. Die Schule hat den Zweck, den Menschen zu bilden und ihm vor allem die Forschungen der Wissenschaft zu übermitteln, sie darf ihn also nicht in bestimmte religiöse Anschauungen hineinzwingen. Die Schule ist eine weltliche Institution und muß dem Einfluß der Kirche entzogen werden. Deshalb ist auch die Trennung von Schule und Kirche zu erstreben. Der Redner schloß seine interessanten Ausführungen mit der Aufforderung, daß sich alle die, die auf dem Boden einer wissenschaftlichen Weltanschauung stehen, sich dem deutschen Monistenbund anschließen mögen, um so eine große Organisation zu schaffen, die den Gegnern der Forschungs- und Gewissensfreiheit mit Erfolg entgegenwirken können.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Herren Professor Fischer und Parteisekretär Trinks in zustimmendem Sinne.

* **Arbeiterstenographen-Verein.** Den Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die sich in der Einzeichnungsliste eingetragen haben, sowie denjenigen, die den Kurs in Stenographie (System Arends) mitzumachen wünschen, zur Kenntnis, daß am Dienstag den 17. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, im Lokal (Alte Brauerei Fick, Kaiserstr. 13), der Unterrichtskurs beginnt. Anmeldungen werden noch Dienstag Abend entgegengenommen.

* **Zufahrtswege zum neuen Personenbahnhof.** Das städtische Tiefbauamt wurde vom Stadtrat ersucht, endgültige Baufluchtenpläne für das Gelände im Gewann Dammerstock (zwischen der Güterbahn und Klein-Rüppurr einerseits und der Ettlinger Allee und der Alb andererseits) und für die Herstellung der Zufahrtsstraßen nach dem neuen Personenbahnhof aufzustellen und vorzulegen.

* **Der dritte Abend** in der Freien Vereinigung Karlsruher Künstler und Kunstfreunde findet nicht Montag, sondern Dienstag, 17. ds., statt.

* **Ein Kind verbrüht.** Das zweijährige Söhnchen eines in der Veilchenstraße wohnhaften Glasermeisters riß gestern Vormittag in einem unbewachten Augenblick einen auf dem Herd stehenden Topf mit kochendem Wasser herunter und zog sich dadurch am Leib und Rücken lebensgefährliche Brandwunden zu. Das Kind wurde von seiner Mutter in das Diakonissenhaus verbracht.

* **Diebstähle.** In der Nacht zum 8. ds. Mts. wurden aus einem Bureau in der Waldstraße, auf erschwerte Weise, für 8 Mk. Drei-, Fünf- und Zehnpfennig-Marken gestohlen.

Vor einer Wirtschaft im Stadtteil Beiertheim kam am 9. ds. Mts., abends, ein Krauthobel im Werte von 25 Mk. abhanden.

In der Nacht zum 10. ds. Mts. wurde in der Oststadt eine Verkaufsbude aufgebrochen und daraus ein größeres Quantum Handkäse und Flaschenbier entwendet.

In der Ludwig-Wilhelmstraße erbrach ein Unbekannter in der Nacht zum 10. ds. Mts. einen Aushängekasten und stahl daraus Mensurartikel: Schläger, verschiedene Klingen und ein Paar weiße Fechthandschuhe im Werte von 61 Mk.

In derselben Nacht wurde auf einem Grundstück zwischen hier und Beiertheim ein Stall aufgebrochen und daraus sieben belgische Riesenhasen im Werte von 48 Mk. gestohlen. Die Täter wurden alsbald ermittelt und einer davon, ein verheirateter, 29 Jahre alter, aus Bietigheim gebürtiger Taglöhner vorläufig festgenommen, während der andere, ein Fuhrknecht, der Weite suchte. Zum Teil wurden die gestohlenen Hasen, teils lebend, teils geschlachtet, wieder beigebracht.

In der Nacht zum 11. ds. Mts. wurde in einer Wirtschaft in der Adlerstraße, mittels Einsteigens durch ein offenstehendes Fenster, etwa 8 Mk. in Kupfer und Nickel gestohlen.

Neues vom Tage.

Beuthen (Oberschl.), 16. Nov. Auf der Gottessegen-Grube brach gestern ein großer Brand aus, der leicht großen Umfang hätte annehmen können. Die rasch vorgenommenen Eindämmungsarbeiten waren von Erfolg.

Gleiwitz, 16. Nov. Der Bahnwärter Wiertebarg wurde auf dem Nachhausewege im Walde bei Slawentzitz von einem Hirsch angefallen und derart zugerichtet, daß er schwer verletzt liegen blieb. Von Waldarbeitern wurde er später gefunden. Er starb auf dem Wege nach dem Krankenhause.

Lille, 14. Nov. In Lomelet wurde während eines Diners einer der Teilnehmer plötzlich vom Wahnsinn befallen. Er ergriff ein Tischmesser und schnitt seinem Tischnachbar die Kehle durch. Dieser war sofort tot.

Letzte Post.

Das verbotene Plakat.

Frankfurt a. M., 15. Nov. Die Polizei in Höchst verbot das Anschlagen von Plaken für eine auf Sonntag angesetzte Versammlung mit dem Thema: Wilhelm und seine Handlanger.

Die württembergische Volksschulreform.

Stuttgart, 14. Nov. Die Volksschulkommission der Abgeordnetenkammer mußte die Artikel der Schulnovelle, welche die Regelung der Ortsschulaufsicht enthalten, zurückstellen, da eine Mehrheit weder für einen der geplanten Anträge, noch für die Regierungsfassung zu erzielten war.

Bayern gegen das persönliche Regiment.

München, 14. Nov. **In der Sitzung des Bundesrats-Ausschusses hat Bayern bestimmte Garantien vom Kaiser verlangt, daß dem Lande künftig derartige Krisen erspart bleiben. Wie von hochstehender Seite verlautet, stimmten auch ausnahmslos die anderen Bundesrats-Ausschußmitglieder dem Freiherrn von Podewils, dem Vertreter Bayerns, zu. Podewils ging von hier nach Berlin mit dem strikten Beschluß, dem Fürsten Bülow die tiefgehende Erregung Bayerns über die Kaiserrede mitzuteilen und Garantien zu verlangen, die das Land gegen ähnliche Vorkommnisse schützen sollen.**

Der Bundesratsausschuß gegen die Rundreisepolitik.

Berlin, 14. Nov. Dem „B. T." zufolge haben in der vierstündigen Sitzung des Bundesratsausschusses, die vorgestern stattgefunden hat, die Vertreter der Bundesstaaten Einspruch gegen die Rundreise-Politik, die seit einigen Jahren bei uns üblich ist, erhoben. Sie haben den entschiedenen Wunsch geäußert, der Kaiser und die Vertreter der auswärtigen Politik möchten nicht andauernd auf verschiedenen Weltgegenden regieren, haben auch über das viele Festefeiern einige Bemerkungen gemacht und haben den Fürsten Bülow ersucht, dem Kaiser diesen Wunsch der Bundesstaaten zu überbringen.

Die Stimmung Wilhelm II.

Wien, 14. Nov. Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse" berichtet seinem Blatte: Ueber die Stimmung Kaiser Wilhelms wird von einer dem Hofe nahestehenden Persönlichkeit berichtet, daß der Kaiser in den größten Zorn versetzt worden sei, sowohl durch den Ton, den die Redner im Reichstage gegen ihn angeschlagen haben, als auch dadurch, daß Fürst Bülow ihn gegen die Angriffe nicht verteidigt hat. Fürst Bülow ist absichtlich nicht gleich nach Donaueschingen gereist, sondern hat einige Tage gewartet, um der Erregung des Kaisers Zeit zu lassen, sich zu legen. Auch in der Sitzung des Bundesratsausschusses für für auswärtige Angelegenheiten sind über das Kaiser-Interview Ausdrücke schärfster Art gefallen.

Die österreichische Ministerkrise beendet.

Wien, 14. Nov. Das neue Beamtenministerium wurde gebildet. Ministerpräsident Baron Bienerth ist Leiter des Ministeriums des Innern.

Der Tod des Kaisers von China.

Peking, 14. Nov. Der Kaiser Kuanghsü ist gestorben. Berichte aus dem Palast besagen, daß sein Tod in der Nacht vom 10. auf den 11. November erfolgt sei. Die Nachricht, daß die Kaiserin-Witwe im Sterben liegt, wurde heute Nachmittag vom chinesischen auswärtigen Amt bestätigt.

Privat-Telegramme des „Volksfreund".

General Graf Hülsen-Häseler †.

Donaueschingen, 15. Nov. General Graf Hülsen-Häseler, der Chef des Militärkabinetts, ist gestern Abend 11 Uhr an einem Herzschlag plötzlich gestorben. Der Tod ereilte den Grafen während eines Banketts beim Fürsten zu Fürstenberg. Der Kaiser ist heute Vormittag abgereist.

Ueber den Verstorbenen sagt Oberst Gädtke, wie uns aus Berlin telephonisch gemeldet wird, u. a.: Er war ein typischer Vertreter des neuen Kurses, der volle 7 Jahre das Schicksal von 25 000 Männern in der Hand hatte. Seine Zeit war keine förderliche für das deutsche Reich.

Gegen die neuen Steuern.

Leipzig, 16. Nov. In einer Anzahl von Versammlungen protestierte gestern die Leipziger Arbeiterschaft gegen die abermalige Belastung der breiten Schichten des Volkes.

Kundgebungen gegen das persönliche Regiment.

Berlin, 15. Nov. Am Samstag und Sonntag fanden in vielen Städten, u. a. in Berlin I, Dresden III, Offenbach, Mannheim, Ludwigshafen 2c. Protestversammlungen gegen das persönliche Regiment statt. Die Versammlungen waren überall stark besucht; in **Mannheim hatten sich im „Rosengarten" allein 7000 Personen eingefunden.** In Offenbach wurde die Versammlung auffälligerweise überwacht.

Die Kieler Reise aufgegeben.

Berlin, 16. Nov. Der Kaiser hat, wie das „B. T." erfährt, infolge des plötzlichen Todes, der den Chef des Militärkabinetts Graf Hülsen-Häseler in Donaueschingen ereilte, die Reise nach Kiel zur Rekruten-Vereidigung und zur Besprechung mit dem Fürsten Bülow aufgegeben. Der Reichskanzler hat infolgedessen seine Reise ebenfalls aufgegeben. Der Kaiser wird heute, in Donaueschingen bleiben und Dienstag in Berlin eintreffen. Die Besprechung mit dem Fürsten Bülow wird dann im Berliner Schlosse stattfinden.

Vereinsanzeiger.

Freiburg. (Kinderchor.) Am kommenden **Mittwoch, 18. ds.**, abends 5 Uhr, ist Beginn der Proben für den Kinderchor in der Restauration Santo (Belfortstraße). **Wir machen darauf aufmerksam, daß nur Kinder sich beteiligen können, deren Eltern politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind.**

Geschäftliches.

Friedrichsbad,
136 Kaiserstrasse 136.
An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannenbad für **Männer** und **Frauen**
30 Pfennig.
Samstags 40 Pfennig. 2252

Dienstag, 17. Nov., abends 8½ Uhr,
im **Schremppschen Saale 3, Waldstraße**
Vortrag von Herrn Dr. med. **Lindtner,** Sanatorium Goßmann Wilhelmshöhe-Cassel
über
= Diätfragen =
vom Standpunkte der Natur und der Kultur.
Eintritt 30 Pfg. Mitglieder des Naturheilvereins frei. 5696

Alona Fahrräder
u. Zubehörteile enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. **Fahrradhaus Wiehre Freiburg i. B. E.** 3299

Gänselebern
werden fortwährend angekauft **Adlerstr. 28,** Querb. 8470

Damenpelze, reizende Pelze St. von 4 Mk. an, schöne Neuheiten in besseren Pelzen zu staunend billigen Preisen, echte Skunks und Waschbär, St. 20 Mk., weiße, eleg. Ballblusen, St. 5 Mk., farbige Blusen, Kostümröcke, alles aus großer leistungsfähiger Fabrik, zu konkurrenzlos billigen Preisen. 5639
Hirschstr. 52, parterre.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote vom 11. Nov.: Friedrich Seiter von hier, Betriebs-Assistent hier, mit Hilda Klein von Bulach. — August Schmidt von Urloffen, Schlosser hier, mit Barbara Werner von Urloffen. — Josef Winter von Eigeltingen, Lokomotivführer hier, mit Maria Zipperle von Heilbronn. — August Wiesemann von Braunschweig, Kürschner hier, mit Maria Schrimm von Zeuthern. — Wilhelm Herrmann von Gondelsheim, Wachtmeister hier, mit Juliana Weidelich von Ettlingen. — Martin Knoch von Büchenau, Bierführer hier, mit Ida Schuster von Bilfingen. — Ludwig Schneider von Rheinbischofsheim, Taglöhner hier, mit Emilie Schäfer von Offenbach. — Leo Ostertag von Assamstadt, Schuhmacher hier, mit Maria Münch von hier. — Rudolf Henle von hier, Versicherungsbeamter hier, mit Maria Degenhardt von hier.

Praktisches
Weihnachtsgeschenk

Wir hatten Gelegenheit, einen Posten, **2500** Mtr., **Chiné-Seidenstoffe** für Blusen und **Kleider** in den denkbar schönsten Dessins zu kaufen, und verkaufen wir solche, **so lange Vorrat,** zu dem enorm billigen Preise von **1.80** pro Meter.

Der Verkauf findet Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag statt. 5697

Geschwister Gutmann,
Waldstr. 37.
Filialen: Mannheim, Pforzheim.

Der Preis ist ohne jeglichen Rabatt, auch wird nicht unter 4 Meter abgegeben. Die Seide ist in unserm Schaufenster dekoriert und ist Besichtigung ohne jeden Kaufzwang gestattet.

Willy Vierath's Vorträge

waren stets bis auf den letzten Platz besetzt. Da von vielen Seiten der Wunsch nach nochmaligen Wiederholungen laut wurde, so hat sich Willy Vierath entschlossen, den Damen-Vortrag noch einmal zu halten. — **Eine weitere Wiederholung findet unter keinen Umständen mehr statt,** da Vierath in der nächsten Woche schon anderweitig verpflichtet ist.

Damen-Vortrag

mit vielen farbigen Lichtbildern.

Eintracht-Saal.

Montag, 16. Novbr., abends 8½ Uhr,

Willy Vierath-Berlin

spricht über:

Wie erhalten wir uns gesunde und schöne Frauen?
Wie verhüten wir das vorzeitige Verblühen der Frauen?
Warum sind so viele Ehen unglücklich?

Nach dem Vortrage Fragebeantwortung.
Jede Frau wird aufgeklärt und belehrt für das ganze fernere Leben.
Nummerierter Platz 1.50 Mark, reservierter Platz 80 Pfg., Galerie 50 Pfg.

Eintracht-Saal.

Dienstag, 17. Novbr., abends 8½ Uhr,

Herren-Vortrag.

Willy Vierath

spricht über:

Untiefen im Geschlechtsleben und das dritte Geschlecht.

Aus dem Inhalt:
Die Verirrungen im Sexualleben. — Fetichismus. — Masochismus. — Sodismus. — Wollust und Grausamkeit. — Die konträre Sexualempfindung. — Das Urningtum. — Die lesbische Liebe. — Das urnische Kind. — Der Sinn des Uranismus.
Nach dem Vortrag Fragebeantwortung.
NB. **Der Vortrag wird unter keinen Umständen wiederholt.** 5687
Eintrittspreis: Nummerierter Platz 1.50 Mark, reservierter Platz 80 Pfg., Galerie 50 Pfg.

Telefon 1938. COLOSSEUM Telefon 1938.
Direktion: J. Raimond. 5692
Waldstraße 16/18.

Spielplan für das Programm 16.—30. Novbr.

Les Horras, Excentrics. | **Kitty Wheft,** Soubrette.
Geschwister Taubert, Xylophon-Virtuosen.
Original-Seymours, Equilibristen. | **James Basch,** Humorist.
Truppe Ghezzi, arabische Akrobaten, die besten Springer.
Wilhelmina's, holländisches Gesang- u. Holzschuhtanz-Ensemble, 5 Damen, 2 Herren.
Ching und Chang, die lustigen Chinesen.
Der Kinematograph, sensationelle Bilder, alle acht Tage Bilderwechsel
Kassa-Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Colosseum Freiburg.

Das **neue humorvolle Programm,** welches sich vom 16. bis inkl. 30. November abwickelt, **hat nur einen Spiel-Sonntag,** und zwar am 29., weil der gesetzliche Bußtag auf Sonntag, den 22. Nov. fällt. **Man bittet daher verehrl. Publikum, den Sonntagsbesuch auch auf Wochentags zu verlegen.**

Durch Entgegenkommen einer Direktion in Berlin ist es gelungen,
Hans Hauser
auf allgemeinen Wunsch bis Monatsende zu prolongieren.

A. Gates, Deutschlands beste Humoristin. **Mstr. Street,** Original-Rubber-Ball-Act, neu für die ganze Welt! **Die Garmisch-Partenkirchener,** oberbayrisches Gesangs- und Schuhplattler-Ensemble. **Dio and Terry,** der allerneueste komische Original-Akt. **The Tafts** phänomenaler Gymnastique-Act. **Les Figinis,** eleganteste Gentlemen-Akrobaten der Welt. **Rochelli,** ventriloquistischer Humorist und Satyriker. **Kinematograph** in höchster Vollendung.

Jedermann sollte sich das Programm der Neuheiten u. des Humors ansehen.

Kassa 7½ Uhr, Anfang 8 Uhr. Vorverkauf: Kampes Cigarrenhaus, Kaiserstraße 89. 5688

Freiburg.

Am **besten** und **billigsten** lassen Sie ihre **Schuhe** in der

Schnellsohlerei Kolmarerstraße 15

reparieren. Nur saubere, solide Arbeit, prima Material. Anfertigung nach Maß. Billige Berechnung. 4181

Dienstag, den 17. November, abends 8½ Uhr, im oberen Saale des „Friedrichshof"

öffentl. Versammlung.

Besprochen wird:

Die bevorstehende Bürgermeisterwahl.

Redner: Herr Geheimer Oberbaurat **Dr. Ing. Baumeister;**
" Architekt **Deines;**
" Stadtverordneter **Hugo Slevogt.**

Freie Aussprache.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein:
Badischer Architekten- und Ingenieurverein
Bund Deutscher Architekten (Ortsgruppe Karlsruhe)
Bund technisch-industrieller Beamten (Ortsgruppe Karlsruhe)
Elektrotechnischer Verein Karlsruhe
Karlsruher Bezirksverein Deutscher Ingenieure
Technischer Verein Karlsruhe. 5695

Besondere Einladungen können der Kürze der Zeit wegen nicht ergehen.

Zu was dient Knorr-Sos?

Um ohne Fleisch gute Suppen zu kochen,
Um Saucen jeder Art zu strecken,
Um den Speisen den letzten Schliff zu geben.

1 Tischflasche nur 20 Pfg.

Warum sind die Zähne so teuer?

Durch den geringen Umsatz!
Mein Prinzip ist: „Grosser Umsatz, kleiner Nutzen".

Zähne von 2 Mark an

unter Garantie.

Ganze Gebisse, 28 Zähne, von **50** Mk. an. **Reparaturen 1—3** Mk. **Umarbeiten** nicht passender Gebisse **1** Mk. per Zahn. **Plomben** von **1** Mk. an. **Goldplomben** von **3** Mk. an. **Zahnziehen 1** Mk.

Schmerzloses Zahnziehen.

Teilzahlung gestattet.

Meine vom Kaiserl. Patentamt gesch. Gebisse sind der beste und schönste Zahnersatz.

Karl König, Dentist

Karlsruhe, Kaiserstrasse 124 b, II.

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen hiermit durch gebotene Gelegenheit meinen Dank auszusprechen; für die mir endlich durch Ihre Arbeit erwünschten, festen Sitz meiner künstlichen Zähne, welche ich leider schon in der frühsten Jugend durch Sturz und Bruch der Naturzähne bedurfte und von da ab schon manche bittre, kostspielige Erfahrung bei verschiedenen Zahnärzten und Zahntechnikern gemacht, daher bin ich Ihnen zu Dank verpflichtet, endlich durch Ihre Arbeit zufrieden gestellt zu sein und kann ich Sie mit gutem Gewissen jedem Zahnleidenden, welcher Gebisse oder einzelne Zähne bedarf, nur bestens empfehlen. **E. Klobsch.**

Herr **Karl König,** Dentist, sage ich hiermit für das vollkommen schmerzlose und schonende Ausziehen von fünf Zähnen, sowie für das schmerzlose Plombieren meinen besten Dank und kann ich Herrn König vorkommenden Falls jedermann bestens empfehlen. **A. Leue.**

Teile Ihnen höflichst mit, dass wir mit dem von Ihnen angefertigten Gebiss bis jetzt recht zufrieden sind und hoffen, Ihnen dadurch noch viele Kundschaft zukommen zu lassen. Mein Kollege wird Sie jedenfalls am 18./8. besuchen, um das seine umändern zu lassen und wollen Sie auch dort grösste Sorgfalt anwenden.
Es grüsst freundlichst **R. Puff.**

Herrn **Karl König,** Dentist, sage ich hiermit meinen öffentlichen Dank für das schmerzlose Plombieren, sowie für die gut passenden, künstlichen Zähne meiner Frau. **R. Strobach.**

Ortskrankenkasse Bruchsal.

Die statutengemäße ordentliche

Generalversammlung

findet am **Montag den 30. November 1908, abends 8½ Uhr** in der **Aula des Mädchenschulhauses** statt. 5693

Etwa hierzu zu stellende Anträge sind gemäß § 51 des Statuts innerhalb 8 Tagen beim Vorstand schriftlich einzureichen.

Bruchsal, den 14. November 1908.

Der Vorstand.

Umsonst senden wir jed. Lef. d. Ztg. zwecks Empfehlung **Umsonst** 30 ff. Bückling u. 1 ff. Aal od. 40 Rollmops u. Brath. od. ¾ Pfd. Rauch-Lachs u. 1 ff. Aal, wenn Sie Dose ca. 55 bis 60 Vollfettsalzheringe größte beste M-Dauerware für 2.60 M. bestellen. Verp. frei. **E. Napp Nachf. Swinemünde N. 158,** Conf.-Fabr. Ferner umsonst Dj. 80 Rollmops, od. 60—70 Brather., od. 70 Delikateßher., wenn Sie ½ Faß über 310 obiger ff. Salzheringe f. 7½ M. bestellen.

Kartoffeln, auserlesene, ca. 10 Ztr., à 2.60 M sind zu verkaufen **Bretten** (Baden), Weißhofenstraße 55.

Stearin-Kerzen
1/1 Pfd.-Pak. **55** Pfg.
2/3 Pfd.-Pak. **38** Pfg
Paraffin-Kerzen
Paket **30** Pfg.
empfehlen 5119
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Berghausen.
Prima weiße Kernseife Pfund 26 Pfg.,
prima gelbe Kernseife Pfund 24 Pfg.,
prima Salmiak-Terpentin-Seifenpulver, Packet 10 Pfg.
offeriert
H. Rothweiler,
Solmitsstr. 5680

Zirkel 32 Zirkel
1 Treppe, Ecke Ritterstraße
staunend billige
Pelze
aller Arten zu verkaufen.

Schwarze Damentuchjacke, 4 Mk., 2 gut erhalt. Knabenüberzieher, St. 2 Mk., Knabenmützen, ein Vertikow, besserer Chiffonnier, einfacher Waschtisch, groß eiserne Bettstelle m. Rost, Petroleumofen sehr billig zu verkaufen. 5640
Hirschstraße 52, parterre.

Zu verkaufen:
1 vollständiges **Bett** 25 M
3 eis. **Bettstellen** je 1.50 „
1 **Nachttischchen** 4.50 „
1 **Waschkommode** mit Marmorplatte 28 „
1 **Pfeilerkommode** 18 „
1 **Küchenschrank** 19 „
1 neues **Vertikow** 40 „
1 neuer **Divan** mit Roßhaar 40 „
Rüppurrerstraße 20, Hofhs.

Arbeiter
kaufen ihren Bedarf in Arbeitskleidern, Unterkleidern 2c. am vorteilhaftesten bei 3219
H. Feninger, Freiburg,
Unterlinden 5,
Grafs Weinstube gegenüber.
Mitglied des Rabattsparvereins.

Freiburg.
In Zigarren, Zigaretten und Tabaken finden Sie **gute** Sorten in **reicher Auswahl** in dem
Zigarren-Spezial-Geschäft
von 4978
Fried. Ackermann
1 Kreuzstrasse 1.

Pelze! 5620 **Pelze!**
Staunend billige **Damenpelze** von **4** Mk. an, reizende Neuheiten in besseren **Pelzen,** weiße, eleg., wollene **Damenblusen** von **4.50** Mk. an, farbige **Blusen, Kostümröcke, Damenpaletots** zu ganz enorm billigen Preisen. Alles ganz neu. **Hirschstr. 52, 2.**

Gänselebern 4818
werden fortwährend angekauft. Frl. A. Eißele, Zähringerstr. 88.

Fortsetzung der Versteigerung
Zigarren, Zigaretten, Schnäpse, Stoffreste, Seifenpulver etc. etc.
Dienstag, den 17. d. Mts., nachmittags 2 Uhr.
Leop. Gräber, Auktionator, 5694
Hardtstraße 27 — Telephon 2291.